

ZWISCHEN RIO+10 UND DEM JAHRESTAG DES 11. SEPTEMBERS

USA: Sicherheit durch "splendid isolation"?

Statt, wie gegen den Terror, multilateral gegen Umweltzerstörung vorzugehen, verteidigen die USA die kurzfristigen Interessen ihrer Wirtschaft. Pascal Husting warnt vor den Folgen eines weltweiten Stillstandes in Sachen Umweltschutz und Entwicklungspolitik.

Einige Wochen vor den Trauerfeiern zum ersten Jahrestag der Attacke auf New York und Washington hat Amerika die Schotten dichtgemacht. Während die US-Führung und der US-Geheimdienst noch immer Ursachenforschung darüber betreiben, wie die Warnungen über die bevorstehende Attacke vom 11. September 2001 übersehen werden konnten, sind neue Sicherheitsgesetze schon in Kraft. Das neugeschaffene "Office of Homeland Security", das von der American Civil Liberties Union heftig bekämpfte Schnüffelprogramm TIPS (Terrorist Information and Prevention System)², die Zwangserfassung per Fingerprint von Besuchern und Einwanderern aus vornehmlich islamischen Ländern verdeutlichen: Amerika hat den McCarthyismus wiederentdeckt und führt den totalen Überwachungsstaat ein - ein nationales Schutzschild als Antwort auf transnationalen Terror.

Nach dem 11. September

Dabei schienen sich im Herbst letzten Jahres Kommentatoren und Regierungen darüber einig, Armut als die eigentliche Ursache, weil Nährboden, für Fundamentalismus und Terrorismus, anzusehen - Armut als Ergebnis der ungleichen Verteilung und des allmählichen Verlustes der natürlichen Ressourcen.

Optimisten glaubten sogar, der 11. September 2001 würde eine Wende in der amerikanischen Außenpolitik einläuten, die Rückkehr zum Multilateralismus, weg von der unilateralen, isolationistischen Haltung. Hatte George W. Bush nicht die Devise "Einer für alle, alle für einen" bemüht, um dem Terrorismus den globalen Krieg zu erklären? Hatte sich nicht fast die ganze Welt mit dem amerikanischen Volk solidarisiert und durfte das gleiche vom großen Bruder erwarten?

Doch Hungertote in Afrika und Überschwemmungstote in Bangladesh wiegen scheinbar nicht so schwer wie Terroropfer in den USA: kaum waren die ersten amerikanischen Bomben auf Afghanistan gefallen, verstärkte die Bush-Regierung ihre Anstrengungen, den nächste Woche beginnenden UN-Weltgipfel zu untergraben. Zusammen mit ihren Verbündeten Kanada und Australien wurde bei den vier Vorbereitungskonferenzen für Johannesburg alles unternommen, um neue Initiativen zur Armutsbekämpfung und zum Umweltschutz zu verhindern. Die Regierungen dieser so genannten "filthy three" (dreckigen Drei) bekämpfen konsequent jede Maßnahme, die verbindlichen Charakter für Staaten und global agierende Konzerne hätte. Multilateral gegen Terrorismus, unilateral wenn es um Wirtschaftsinteressen geht, so lautet die Devise der Bush-Regierung.

Mit dieser Haltung verpasst Bush die einmalige Chance, der viel zitierten "Sicherheit" für Amerika und den Rest der Welt einen Schritt näher zu kommen. 4,6 Prozent der Weltbevölkerung leben in den USA, 30 Prozent der weltweiten Naturressourcen werden von ihnen verbraucht und der gleiche Anteil an Umweltschäden produziert. Und dennoch weigert sich Amerika konsequent, diese horrende Ungerechtigkeit als Ursache von weltweiter Armut, irreversibler Umweltzerstörung und Gewalt anzuerkennen.

US-Außenminister Colin Powell, der Bush-Ersatzmann für Johannesburg, sagte in einem Interview, "nachhaltige Entwicklung" sei eine "zwingende moralische und humanitäre Frage". "Nachhaltige Entwicklung ist aber auch ein Sicherheitsimperativ. Armut, Umweltzerstörung und Verzweiflung vernichten Völker, Gesellschaften, Nationen. Diese üble Dreifaltigkeit kann Länder und sogar ganze Regionen destabilisieren"³. Wird Powell das gleiche beim Gipfel sagen, und dann auch die entsprechenden Entscheidungen mittragen? Nichts deutet zurzeit darauf hin.

Es geht auch ohne die USA

Während also die USA mit ihrer Haltung die eigenen Sicherheitsinteressen ignorieren, ist unklar, ob der Rest der Welt die Führung beim UN-Gipfel übernimmt und die dringend notwendigen Maßnahmen und Mittel zur Beseitigung von Armut und Umweltzerstörung beschließt. Dass es notfalls auch ohne die USA geht, kann niemand leugnen. Denn obwohl der weltpolitische Einfluss der USA außerordentlich groß ist, gilt gleichermaßen, dass die internationale Gemeinschaft es in den letzten Jahrzehnten geschafft hat, auch gegen den Widerstand der vorherrschenden wirtschaftlichen und militärischen Supermacht internationales Recht zu stärken.

Das Inkrafttreten des Abkommens über den Internationalen Strafgerichtshof ist nur das rezenteste Beispiel dafür. Es reiht sich ein in die lange Liste der von den USA abgelehnten Verträge und widerlegt die Auffassung, dass die USA die wahren Leader auf der weltpolitischen Bühne sind.

Die UN-Seerechtskonvention (UNCLOS), welche die Ozeane - 70 Prozent der Erdoberfläche! - zum "global common" erklärte, wurde 1982 gegen den heftigen Widerstand der USA etabliert. Schon damals war es vor allem die US-Ölindustrie, die sich einen unbegrenzten Zugang zu den Ölvorkommen auf hoher See sichern wollte. Seit 1994 ist UNCLOS in Kraft, und das Abkommen wird wohl oder übel auch von den USA als internationales Recht anerkannt. Die Ottawa-Konvention zum Verbot von Landminen, die Konvention der Rechte des Kindes und der Vertrag über einen umfassenden Stopp der Atomtests (CTBT) von 1996 sind weitere Beispiele dafür,

wie menschen- und völkerrechtliche Interessen gegen den ausdrücklichen Willen der USA gestärkt worden sind.

Vor allem auf dem Gebiet des weltweiten Umweltschutzes benehmen sich die USA so, als ob sie auf einem anderen Planeten leben würden. Sich dem Druck ihrer Pharma- und Biotechindustrie beugend, weigern sie sich, die UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt von 1992 zu ratifizieren. Sie gehören zur der Handvoll Staaten, die den Ländern des Südens das Eigentumsrecht an ihren genetischen Ressourcen absprechen. Auch beim von dieser Konvention abgeleiteten Biosafety-Protokoll, das jedem Land das Recht gibt, genetisch modifizierte Organismen in Lebensmitteln und Landwirtschaft abzulehnen, hat die Blockade der USA nichts genützt: sowohl die Konvention wie auch das Protokoll sind heute internationales Grundrecht, ob die USA es mögen oder nicht. Die Baseler Konvention zum Giftmüllexport, das weltweite Verbot, Atommüll im Meer zu versenken, ... abermals Beispiele, wie schwer sich Amerika tut, die Rechte anderer Völker und kommender Generationen zu respektieren.

Es geht also ohne den internationalen "Outlaw" USA, auch wenn Fortschritte schneller mit als ohne den Hauptakteur (oft auch Hauptschuldigen) erreicht würden. Doch die amerikanische Hinhaltenaktik entbindet den Rest der Welt nicht davon, dringend notwendige Reformen in Johannesburg einzuleiten. Vor allem Europa muss jetzt Verantwortung übernehmen und darf sich nicht länger hinter dem Bremser USA verstecken. Aussagen wie die, dass es unumgänglich sei, die USA an Bord zu haben, sind nicht nur unzutreffend, sondern zeugen vor allem von politischer Feigheit. Es sei denn, die US-Haltung würde einige nur allzusehr arrangieren ...

Natürlich bleibt die Haltung der USA hinsichtlich der schwerwiegendsten globalen Umweltbedrohung, dem Klimawandel, im Mittelpunkt der weltweiten Kritik. Und doch wird nach der baldigen Ratifizierung durch Russland das Kyoto-Protokoll in Kraft treten. Eine intelligente Umsetzung vorausgesetzt, kann das Klimaschutz-Protokoll viele Gewinner zählen, und einen Verlierer: die USA.

Im Dienste Ihrer Majestät, der Ölindustrie

George W. Bush wird nicht am Johannesburg-Gipfel teilnehmen. Er kommt damit den Forderungen der US-Industriellobbyisten, vor allem denen des weltweit größten Ölmultis Exxon, nach⁴. Dass seine Weigerung, Klimaschutz ernstzunehmen, einem Schlag ins Gesicht der Armen dieser Welt gleichkommt, beweisen unzählige Studien: Das erste Opfer des Klimawandels ist die Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Diese Menschen, die tagtäglich um ihr Überleben kämpfen müssen, haben keine Mittel, um sich

an Dürren, Überschwemmungen und andere extremen Wetterlagen anzupassen, von präventiven Maßnahmen ganz zu schweigen. Sie werden buchstäblich ertrinken und verhungern. Die Folgen für die Überlebenden sind leicht auszurechnen: noch mehr Armut, noch mehr Zerstörung der Lebensgrundlagen, ... und noch mehr zornige weil verzweifelte Menschen. Und wer wie Colin Powell Armut, Umweltzerstörung und Verzweiflung als Gefahr auch für die Sicherheit der USA ansieht, kann nicht daran zweifeln, dass ein erneuter 11. September weder von einem nationalen Schutzwall noch von einer militärischen Zerschlagung des vermeintlichen Gegners verhindert werden kann.

"Unsere alles überragende Absicht, von den Anfängen bis heute, ist die Beherrschung der Welt gewesen - die Kapazität aufzubauen und zu erhalten um alle anderen auf der Welt zu beherrschen: gewaltlos, wenn möglich; gewaltvoll, wenn notwendig. Der auf Domination ausgegerichteten US-Außenpolitik geht es jedoch nicht nur darum, den Rest der Welt im Seil springen zu lassen; hinter alledem steht die Absicht, unsern Zugang zu den (Welt)ressourcen abzusichern"⁵, so Ramsey Clark, früherer US-Justizminister und heute ein erbarmungsloser Kritiker amerikanischer Politik. Ein kurzer Blick auf die aktuelle US-Führung bestätigt Clarks Analyse: Bush und Vize-Präsident Cheney waren und sind vor allem texanische Ölbarone - bis 1999 paktierten sie mit dem Taliban-Regime in Afghanistan, ja sie halfen sogar, diese ans Ruder zu bringen, um der US-Ölindustrie den Zugang zu den kaspischen Ölvorkommen zu sichern. Heute, an der politischen Spitze der Weltmacht USA, geben sie der Weltgemeinschaft einen Korb, wenn es darum geht, durch eine gemeinsame Anstrengung Gerechtigkeit und Sicherheit für alle zu schaffen.

Johannesburg wird voraussichtlich der letzte globale UN-Gipfel auf Jahre hinaus sein. Wenn die paar Reichen sich nur zu Sonntagsreden durchbringen können und die Vertreter der Armen mit leeren Händen nach Hause gehen, müssen wir alle die Konsequenzen tragen. Dann hätte George W. Bush es geschafft, dem Multilateralismus und den Vereinten Nationen dauerhaften Schaden zuzufügen. Und die Welt damit noch unsicherer zu machen.

Pascal Husting,
Greenpeace Luxembourg
19.8.2002



Bhopal, Indien, 2002. Protestierende Frauen fordern die Auslieferung des in die USA geflüchteten Warren Anderson, Direktor von Union Carbide zur Zeit des Unfalls vor 18 Jahren. Die Explosion in der Pestizidfabrik hatte 8.000 Todesopfer innerhalb von drei Tagen gefordert, 20.000 Menschen sind an den Folgekrankheiten gestorben.

Foto: (c) Greenpeace/Ragu Rai

¹ www.whitehouse.gov/homeland

² www.aclu.org/tips

³ www.unep.org

⁴ "Wir begrüßen Ihre Entscheidung, nicht persönlich am Gipfel teilzunehmen", schreiben 31 Industriellobbyisten in einem Brief vom 2. August an Bush. Siehe unter: www.greenpeace.lu

⁵ www.thesunmagazine.org/bully.html